

Voller Tapezieren u. Portefeuller Zeitung

Organ
des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuller Verbandes

Inserate kost. die sechsersp. Komp.-Zeile 60 Pf. Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b^{III} Erscheint alle 3 Tage
Zentralred.: Amt Moritzplatz Nr. 2120

Die Kampfanlage des Herrn v. Borfig an die Gewerkschaften!

Herr von Borfig ist Vorsitzender der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. mühen der Führer dieser Interessengruppe; man muß daher seine Meinung entsprechend bewerten. Es ist anzunehmen, daß die Stellungnahme des Herrn v. Borfig gegenüber den Gewerkschaften erfolgt ist im Einverständnis mit den Verbänden, deren Vorsitzender er ist.

Herr von Borfig hat nämlich in einem Aufsatz vom 15. Juni in Nr. 12 des Organs der genannten Verbände „Der Arbeitgeber“ klipp und klar die Drohung an die deutschen Gewerkschaften aller Richtungen gerichtet: Wenn sie nicht von ihrer falschen Betrachung der Dinge lassen würden, dann gebe es keine Verständigungsmöglichkeit mit ihnen. Die deutschen Arbeitgeber würden mit den Gewerkschaften nicht mehr verhandeln, wenn sie ihre Auffassung über Wirtschaftsfragen nicht ändern und auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse sich mit den Arbeitgebern zu verständigen suchen.

Das kommt also im wesentlichen darauf hinaus: Ihr Gewerkschaften habt die wirtschaftlichen Zusammenhänge so zu bewerten, wie wir, die Arbeitgeber es wünschen. Tut ihr das nicht, dann werden wir mit euch überhaupt nicht mehr verhandeln, dann wird nur noch diktiert, was wir für gut befinden. Man sieht daraus, wie die Unternehmerführer bemüht sind, die Klassengegenstände zu mildern und die Arbeiterschaft zu beherrschen. Mit solchen diktatorischen Gewaltmitteln werden diese Leute sich ein, die Arbeiterbewegung klein zu bekommen. Sie tänten doch wissen, daß solcher Druck Gegendruck erzeugen muß, und das gekannte Wirtschaftsleben in einen Zustand chronischer Krankheit gebracht wird. Die Industrie und das Gewerbe dabei gedeihen können, muß denn doch stark bezweifelt werden.

Dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft wäre im gegenwärtigen Stadium nichts nützlicher als Zusammenarbeiten aller Faktoren; die im Produktionsprozeß tätig sind. Mit brutaler Unterdrückung der Arbeiter und Verschärfung der ohnehin tief stehenden sozialen Gegensätze nach das Chaos, in dem wir uns schon befinden, bis ins Unerrückliche vermehrt werden. Von einem Narne, der an so verantwortlicher Stelle steht wie Herr v. Borfig, hätte man schon mehr Einsicht erwarten dürfen in unserer Gesamtlage. Immerhin ist es gut, daß dieser Herr sich so offenerherzig ausgesprochen hat, dadurch ist haben und drüben jeder Zweifel behoben, wie man zueinander steht.

Die Arbeitgebervertreter verlangen, daß die Gewerkschaften von ihrer angeblich falschen Betrachtung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten lassen. Ja, sind denn diese Auffassungen auch wirklich falsch? Wenn sie von Arbeitgeberseite als falsch bezeichnet werden, so ist das noch lange kein Beweis dafür, daß sie nicht richtig sind. Es steht doch fest, daß die Unternehmer nur mit schmalen Augen die Tätigkeit der Betriebsräte gebührend haben. Haben sie denn irgendetwas getan, um sie zu fördern? — Sind die Arbeitgeber nicht vielmehr bemüht, der Arbeiterschaft jeden Einblick in die inneren Zusammenhänge der Betriebe unmöglich zu machen, obwohl ihr Verständnis zu werden? So viel wie möglich!

Den Arbeitgebern ist der Arbeiter im allgemeinen nur ein Stück Werkzeug, eine Maschine, ein Automat, der stumm kein Arbeitspensum zu leisten hat. Die Betriebsführung selbst wird ihm geheimnisvoll verschleiert, jedes Recht der Einsichtnahme wird ihm verweigert. Wo soll denn da ein richtiges Interesse an der Arbeit herkommen. Warum bemühen sich denn die Arbeitgeber so sehr, dem Arbeiter die Lust und Freude an seiner händigen Arbeit zu verneken? Wäre es nicht klüger, diese frisch zu erleben? Gerade in den Betrieben der Großindustriellen herrschen heutzutage Zustände, die sich nicht viel unterscheiden von solchen in Zucht- und Arbeitshäusern. Diese Zustände sind den Industrieherrn anscheinend gar nicht in ihrer ganzen furchtbaren Tragweite bekannt. Es ist

da ein Boden entstanden, auf welchem gefährliche Früchte reifen. Wenn diese Frucht weiter so gepflegt wird, wie Herr von Borfig und seine Freunde es im Sinne haben, dann haben sie auch kein Recht, sich zu betlagen, wenn sie ihnen nicht bekommen.

Wenn die Arbeitgeberführer nicht einsehen und sich nicht herbeilassen, die Argumente der Arbeitervertreter sachlich zu würdigen, dann haben sie selbst die daraus entstehenden Folgen zu verantworten.

Die Organe der Arbeitgeber sind eifrig bestrbt, die Dinge auf den Kopf zu stellen. So wird denn auch die ablehnende Stellungnahme der Gewerkschaften gegen die Schutzpolizei in ihrem Sinne einkestellt. Nicht die Gewerkschaften wollen die ungleiche Verteilung der Lasten, sondern umgekehrt die Großagrarien und Großindustriellen, die ihre Profitrate nie groß genug bemessen können. Als wenn die besitzlosen Volksmassen nicht schon immer viel intensiver zur Tragung aller Lasten herangezogen wurden als die Besitzenden, die sich vornehm zu brüsten wissen, wie z. B. Stinnes Erben von der Erbschaftsteuer.

Es ist ein verhängnisvoller, irrlicher Standpunkt, wenn die Arbeitgeberführer glauben, die deutschen Gewerkschaften durch derartige Drohungen, wie sie Herr von Borfig anwendet, von ihren als richtig erkannten Wegen ablenken zu können. Die Arbeitgeber müssen sich endlich dazu bequemen, daß sie anerkennen, die Wirtschaft muß dem Wohle des Volksganges dienen und nicht nur den nackten Profitinteressen des Arbeitgebers und Aktionärs. Wenn die Großbetriebe freilich nur darauf eingestellt werden, hohe Renten für die mit Kapital daran Beteiligten herauszuwirtschaften, wie es heute fast ausnahmslos der Fall ist, dann freilich kann kein ausreichender Lohn für den Arbeiter und Angestellte gezahlt werden. Dann müssen die Betriebsleiter die Verlängerung der Arbeitszeit, die Befestigung des Achtstundentages fordern.

Es wird neuerdings so hingestellt, als wenn die Arbeiterschaft bereits so weit zu Steuerleistungen herangezogen worden sei, daß überhaupt kein Gewinn verbleibe und deshalb eben Abstriche von den Löhnen vorgenommen werden müßten. Ebenso wie man alles bestreiten kann, kann man auch alles behaupten, wenn man nicht gezwungen werden kann, der Wahrheitsbeweis für das Bestrittene oder Behauptete zu erbringen. Leben wir nicht in einer Zeit, wo sich die Unternehmer aufs beste organisiert, wo sie sich zu preisbildenden Kartellen zusammengeschlossen haben? Erst kürzlich ist der Obermeister der Berliner Schuhmacherrichtung wegen Festsetzung von Wucherpreisen für Reparaturarbeiten zu Geldstrafe verurteilt worden: die Preise für Schuhreparatur betragen fast 100 Proz. mehr als in Vorkriegszeit, trotzdem die Lederpreise herabgegangen sind.

Daraus ist doch ersichtlich, daß es die Arbeitgeber aller Sorten prächtig verstehen, ihre Vorteile den Forderungen der Zeit entsprechend anzupassen.

Die Konkurrenz kann natürlich nicht in allen Industrien und Gewerben durch preisbildende Kartelle ausgeschaltet werden. Es wird da zweifellos Versuche geben, die schwer um ihre Erfüllung zu ringen haben. Da wird das Unternehmertum sich eben auch dazu bequemen müssen, seine Lebensweise etwas zu vereinfachen.

Wer heute scharf beobachtet hat, wie es in Arbeitgebertreuen zugeht, hat sich schon immer gewundert, wie dies mit ihren ewigen Klagegeden in Einklang stehen soll, die fortgesetzt hören lassen. Vieles ist das Klagen bereits zur zweiten Natur geworden.

Man verlangt, die Arbeiterschaft soll sich weitere Lohnabstriche gefallen lassen und auch gedulden, daß sie alles zum Leben Notwendige noch teuer bezahlen soll als es ohnehin schon ist. Die Vermittlung der Schutzpolizei muß die Wirkung nach sich ziehen. Das kommt darauf hinaus, der Arbeiter soll länger arbeiten und noch mehr hungern; als bisher schon. Nun wohl, wenn schon die Arbeiterschaft noch mehr Entbehrungen auf sich nehmen soll, warum nicht auch das Arbeitgeberum? Sollen wir uns aber unbefeheten Lasten über Lasten aufbürden lassen? Mit nichts. Wenn nur sparsame, einfache Lebensweise zur Ge-

fundung führen kann, dann sollen sie auch die Wohlhabenden und bisher Wohllebenden üben. Um das zu erzielen, ist es aber notwendig, daß die Arbeitgebervertreter als gleichberechtigt in die gesamte Betriebsführung der Wirtschaft aufgenommen werden. Man muß ihnen weitgehend Kontrollrechte in allen Phasen der Warenproduktion, der Warenverteilung, der Festsetzung der Profitrate und ihrer Verteilung einräumen.

Mit dem Mittel ultimativer Diktate, wie es Herr von Borfig versucht, ist nichts anzufangen.

Es gibt keinen anderen Weg, der zur Befriedung unserer Wirtschaft führt, als Gemeinschaftsarbeit aller in Betracht kommenden Faktoren, auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung.

Sind wir noch weit von diesem Stadium entfernt, dann um so schlimmer für uns alle!

Ausperrungen und Streiks im Verband im 1. Halbjahr 1924.

Die Kämpfe des verfloffenen Halbjahrs, von denen unsere Mitglieder betroffen wurden, erreichten einen Umfang, wie in keiner Periode zuvor. In seinem der drei ehemaligen Berufsverbände, weder bei den Sattlern, Portefeullern, noch bei den Tapezieren, war das Ausmaß der Kämpfe hinsichtlich der Zahl der Beteiligten sowie die Dauer der Ausperrungen und Streiks zu verzeichnen. Sollte doch die Zahl der Beteiligten bis einschließlich Juni 13.540 erreicht, also gemessen an der Gesamtzahl unserer Mitglieder über ein Drittel des Verbandes. Neben Ausperrungen waren Abwehrkämpfe in den überaus meisten Fällen die Regel. Die Angriffsstreiks traten in den Hintergrund.

Ausgenommen die Bederverwarenarbeiter, war bei den anderen Branchen, bei den Tapezieren, Autosattlern, Betriebsattlern und sonstigen Beteiligten der Abwehrkampf oder die Ausperrung überwiegend. Wie groß die Zahl der Ausständigen war und wie im Verlauf von Januar bis Juni die Kurve sich nach oben bewegte, zeigen die täglichen Durchschnittszahlen der einzelnen Monate. Beiragen diese im Januar 281, im Februar 528, im März 647, so verdoppelten sich diese Zahlen im April auf 1243, sanken im Mai auf 538 und schmolzen im Juni auf 3732 hinauf. Auch der Juli, der erste Monat im neuen Halbjahr, zeigt eine tägliche Durchschnittszahl von 3094 Ausständigen auf. Auf die einzelnen Branchen verteilen sich die Bewegungen wie folgt:

Tapezierer	in 26 Orten	1.147 Streikende m.	17.055 Streikg.
Fahrzeugindustrie	13	1268	16.670
Erbschneider	6	378	5.390
Betriebsattler	14	379	8.824
Sonstige Branchen	8	97	860
Bederverwarenindustrie	12	10.781	159.184

Insgesamt in 77 Orten 13.540 Streikende m. 207.289 Streikg.

Die Fahrzeugindustrie, verbunden in den meisten Orten mit der Großmetallindustrie, hatte gleich anfangs des Jahres mit Ausperrungen und Abwehrkämpfen zu rechnen. So war Berlin mit 230 Autosattlern zur Abwehr von Betriebsstörungen hinsichtlich der Arbeitszeit gezwungen, 14 Tage im Ausstand zu verharren. Wenn es auch nicht gelang, restlos die Betriebsstörungen abzuwehren, so war doch der Letztort erfolgreich. Der Schiedsspruch der die Wehrarbeit brachte, scheiterte an den gemeinsamen Widerstand in der Praxis, mit Ausnahme einzelner Betriebe, an den geschlossenen Willen der Kollegen. Die Kollegen in Mannheim hatten im Januar 6 Tage gestreikt und waren im Mai wiederum auf die Dauer von 8 Wochen ausgesperrt wegen Lohnforderungen. Beteiligt waren 176 Kollegen. Der Schiedsspruch vom 23. Mai, der verbindlich erklärt wurde, erhöhte die Löhne von 68 bis 88 Pf. auf 78 bis 80 Pf. pro Stunde und regelte die Affordräge neu. Der Angriffskampf bei Binder-Halle dauerte 18 Arbeitstage. Der Schiedsspruch, der eine Verfestigung brachte, mußte angenommen werden, weil die Solidarität eines Teils der Kämpfenden erlachte.

In Hamburg war die Bewegung nach kurzer Dauer erfolgreich. Die übrige Zahl der Beteiligten

verteilt sich auf die Orte Breslau, Koburg, Hameln, Plegeln, Varel und auf 2 Betriebsstreiks in Berlin, die, soweit Berichte eingegangen sind, Teilerfolge hatten.

Die Ausperrungen in der Metallindustrie und auf den Werften, wo mit einer Anzahl Betriebsfaktoren und Tapezierer beteiligt waren, haben monatelang gedauert.

So in Königsberg 14 Wochen. Aus den Werften in Hamburg, Kiel, Lübeck und Wilhelmshaven bis zu 15 Wochen. In Oberfeld waren die Betriebsfaktoren in der Textilindustrie 5 Wochen im Ausland. In Magdeburg dauerte der Streik der Fabrikarbeiter 4 Wochen. Außerdem waren die Betriebsfaktoren in 9 Orten an den Kämpfen beteiligt. Ist die Zahl der Beteiligten von 279 auch gering, so ist die Länge der Kämpfe beachtenswert. Ueber den Ausgang dieser Kämpfe haben die Tageszeitungen genügend berichtet, so daß eine Ergänzung hierzu nicht notwendig ist.

Der Streik in der Zelle- und Plänebranche dauerte 4 Wochen und endete mit dem Erfolg, daß die achtstündige Arbeitszeit blieb und die sonstigen Bedingungen tariflich geregelt wurden.

In der Treibriemenindustrie waren sechs örtliche Kämpfe zu verzeichnen. In Hamburg und Berlin (bei einer Firma) hatten die Kollegen aus sich heraus Lohnzulagen geordert und nach Beilegung durch die Organisation erhalten. In Kreuznach wurden die Kollegen ausgeperrt, jedoch mußte nach dem Gewerbegerichtsurteil der Unternehmer die Kollegen wieder einstellen und ihren Verdienstausfall ersetzen. In Magdeburg wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes erreicht und die Verlängerung der Arbeitszeit abgewehrt. München und Nürnberg waren durch den Gerberstreik in Mitleidenschaft gezogen.

Die Tapezierer hatten in 25 Orten zu kämpfen. Waren in Braunschweig, Breslau (Langgasse), Bismarckstraße, Frankfurt a. O., Hamburg, Hannover, Kottbus, Magdeburg, Mannheim und Minden die Abwehrkämpfe und Ausperrungen nur von kurzer Dauer, so behalt, weil in den meisten Orten nur Teilerfolge in Betracht kamen. Im größeren Teil der Orte war Erfolg zu buchen, begünstigt durch die Eigenart des Berufes und der besonderen Umstände. Die Einzeldarlegungen müssen mit Rücksicht auf den Raum unterbleiben. In Stuttgart wurde die beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung im März durch dreiwöchigen Ausstand abgewehrt und eine Lohn-erhöhung vereinbart; 178 Kollegen kamen in Betracht. Die Kollegen in Oberfeld-Barmen kämpften 4 Wochen mit dem Erfolg, daß ein Tarif zustande kam, der die 48stündige Arbeitszeit sicherte und Lohn-erhöhung brachte. In Königsberg, wo es sich um Abwehr von Verschlechterungen handelte, streikten die Kollegen 6 Wochen, einzelne noch länger. Der Erfolg war die Verlängerung des alten Tarifes mit der 48-Stunden-Woche und der Erhöhung der Löhne. Die Münchener Kollegen haben nach 10tägigem Kampf die 48stündige Arbeitszeit gehalten und Lohn-erhöhung durchgesetzt. Kurz vor der allgemeinen Listung in Dresden, der zwar die Erhöhung der Löhne brachte, jedoch weder Lohnabkommen noch ein Tarif kam zustande, weil die Konjunktur abflaute. Nur die Ledermöbel-erbeiter stritten hier längere Zeit.

Die Ausperrung der Holzarbeiter in Boden zog auch die Tapezierer in Mitleidenschaft; dieser Kampf wurde auf Vereinbarung nach 5 Wochen beendet. Erwähnt seien noch die Ausperrungen in Nürnberg, Geringswalde, Freiburg und Walsheim. In den letzten

beiden Orten dauerte sie 10 Wochen, während in Geringswalde der Ausstand bereits die 15. Woche währt.

In den vorgenannten Branchen waren es, mit einigen Ausnahmen, Abwehrkämpfe und Ausperrungen. In der Lederwarenbranche überwiegen die Angriffsstreiks. Obwohl die Meinungen an einzelnen Orten noch nicht geklärt sind, ob in diesem oder jenem Falle von Angriff- oder Abwehrkämpfe gesprochen werden kann. Unbeschadet dessen soll hier auf die Ursache, Dauer und Auswirkung der Kämpfe Bezug genommen werden, soweit es im allgemeinen Interesse liegt. Waren es in den vorhergehenden Jahren — in der Zeit der Inflation — die Fahrzeugaufarbeiter oder Tapezierer, die das Gros der Streikenden stellten, so treten diese Bewegungen hinter der Zahl der Beteiligten in der Lederwarenindustrie in diesem Halbjahr stark zurück, denn die Orte Berlin, Offenbach, Leipzig, die die Meistbeteiligten in dieser Branche zählen, traten in den Kampf. Handelte es sich im Februar in Berlin nur um eine kurze Ausperrung mit circa 2300 Beteiligten, so war der Erfolg doch 5 Pf. Lohn-erhöhung. Der Angriffsstreik im März endete ebenfalls — nachdem man noch rechtzeitig verhandelt, den Laden zu schließen — mit einer Lohn-erhöhung. Aber auch die geschlossene Wiederaufnahme der Arbeit war ein Erfolg. Neben diesen beiden allgemeinen Ausständen ist die Betriebsausperrung bei Goerz zu buchen, die nach dreiwöchiger Dauer eine Lohn-erhöhung für die Arbeiterinnen brachte.

In Leipzig waren im März 583 Streikende zu verzeichnen. Der Ausstand erfolgte, weil die Unternehmer den Schiedspruch, der 2 Pf. Lohn-erhöhung pro Stunde brachte, nicht anerkennen wollten. Nach 10tägigem Ausstand wurden die 2 Pf. pro Stunde bewilligt. Der Streik in Schloffen, der sich auf die Orte Breslau, Hannover und Striegau erstreckte, hatte nur Teilerfolge. Besonders Breslau hatte darunter zu leiden, daß ein Teil Kollegen streikunfähig wurde. Der Streik in Mainz mit über 200 Beteiligten währte längere Zeit; über den Ausgang liegt bis jetzt kein Bericht vor. In Ost-Deutschland gelang es nach kurzem Ausstand, die beschlagnahmten Verflechterungen abzuwehren und die Löhne neu zu vereinbaren. Der Streik in Offenbach-Frankfurt a. M., an dem über 4000 Kollegen beteiligt waren und der über 6 Wochen dauerte, endete, wie bekannt, mit dem Abschluß des Vertrages für dieses Gebiet.

Näheres darüber zu sagen erübrigt sich, weil hier zunächst nur von den Streiks und Ausperrungen im allgemeinen eine kurze Zusammenfassung gebragt wird. Im besonderen wird aber zu manchen der Streiks und vornehmlich zu den Offenbacher Streiks und zu dessen Auswirkung noch manches zu sagen sein. Nicht nur zu Klärung der Verhältnisse muß die Kritik einsehen, sondern im Interesse des Verbandes und unserer Mitgliedschaft muß erwogen werden, wie soll gesteuert werden, um den künftigen — sicher kommenden Kämpfen — gewachsen zu sein.

Besonders wertvoll ist weiter, daß von den 13 546 Ausständigen 10 647 unterstützt werden mußten, und zwar für 194 777 Tage, die fehlenden, nach der oben dargestellten Tabelle, 2898 Streikenden mit 12 462 Streiktagen erlitten keine Unterstützung, denn es handelt sich um Streiks und Ausperrungen von unter 3 Tagen, auch sind einige Streiks vom Vorstand nicht genehmigt worden.

Wer das hier kurz zusammengefaßte Material,

die Zahlen der Streikenden, die Unterstützungslage, nähern auf sich wirken läßt, wird nicht umhin können, sich einzugestehen, daß unter Verband in Anbetracht der hinter uns liegenden Inflationszeit und der geringen Mittel, über die wir zu verfügen halten, ungeheures geleistet hat. Aber auch das Verständnis wird in den Reihen unserer Kollegen nach Würdigung des hier Dargestellten Platz greifen, daß die Maßnahmen des Vorstandes hinsichtlich unserer Beitragsleistung als richtig erkannt werden.

Wo sind die kleinen Klaffen, die jede Maßnahme des Vorstandes betrefis der Finanzverwaltung ablehnten mit ihren Argumenten, daß unter Weg, die Beiträge zu erhöhen, nicht der richtige war? — Aber nicht nur die Kämpfe des letzten Halbjahres stehen in Rechnung — ein großer Teil unserer Kollegen wird in den kommenden Monaten vor neuen Kämpfen stehen. Wer Anspruch darauf machen will ein Kampflämpfer zu sein, der Sorge dafür, daß unsere Reihen geschloffen und die Kampfmittel der Zeit angepaßt werden. — f. a. —

Tagung des Bundesauschusses des ADGB.

Der Bundesauschuß trat am 21. Juli zu einer zurechtägigen Tagung zusammen. Der Bericht des Bundesvorstandes, den Volpert erstattete, erstreckte sich auf die derzeitige Wirtschaftslage und die Kampflage der Gewerkschaften, sowie auf die Tätigkeit des Vorstandes. Insbesondere wies er auf die große Bedeutung der Verhandlungen der letzten internationalen Arbeitskonferenz in Genf über den Achtstundentag und die Ratifikation des Washingtoner Abkommens hin, die dem Kampf für die Erhaltung des Achtstundentages einen neuen Impuls gab. Die deutschen gewerkschaftlichen Erhebungen über die wirkliche Arbeitszeit in den Betrieben ließen erkennen, daß etwa ein Drittel der Betriebe länger als acht Stunden arbeitete. In vier Industrien bewegten sich die Prozentzahlen der Längerarbeit der Betriebe zwischen 46 und 78 v. H. und der Personen zwischen 44 und 82 v. H. Es muß das Bestreben der Gewerkschaften sein, das verlorene Terrain zurückzugewinnen oder wenigstens für die zugelassene Heberarbeit tarifliche Heberstundenzuschläge durchzusetzen. Im weiteren berichtete er über den Abban des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, über die Verhandlungen der beiden Internationalen zum Sachverstandigenabkommen (vgl. S. 255 ff. und 284 d. Gew.-Ztg.), über die mit der Reichsregierung zu diesem Gegenstande und zur Schutzpolitik stattgefundenen Beratungen (vgl. Nr. 29 d. Gew.-Ztg.), über den bevorstehenden internationalen Kongreß für Sozialpolitik in Prag und über die vor wenigen Wochen abgehaltene Konferenz mit den Bezirkssekretären des ADGB, die sich besonders mit den Fragen der Gewerkschaftsfinanzierung und der Neubebung der Agitation befaßte. Besonders die letztere Frage nahm der Bundesvorstand zum Anlaß, sie den Verbandsvorständen dringend ans Herz zu legen. In den Gewerkschaftsreihen mache sich vielfach Niedergeschlagenheit, Gleichgültigkeit und Unentschlossenheit geltend, die noch unter den Einbrüchen der Inflation fortwirkten und die Vorzeichen der bereits einsetzenden Besserung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete völlig übersehen. Die starken Verluste der Gewerkschaften seien mit auf diese Stimmung zurückzuführen, die sich leider auch zahlreicher Frankfurter bemächtigt habe. Dieser Pessimismus müsse aber überwunden

Säulen und Raumkunst.

Säul und Ornament der römischen Kaiserzeit. (Vollendet römischer Säul.)

Nachdruck verboten.

Die Blütezeit des vollendet römischen Stils umfaßt das erste Jahrhundert nach Chr. und mit der Namen des Augustus (30 vor bis 14 nach Chr.), der Flavier und Trajans (bis 117 n. Chr.) verknüpft, wogegen das zweite Jahrhundert n. Chr., die Zeit Hadrians und der Antonine als Nachblütezeit, endlich das dritte und vierte Jahrhundert, die Zeit des Kaisers Septimius Severus, Caracalla, Diocletian, Constantin als die Periode der spärlichen Entstehung aller bis dahin gewonnenen Ergebnisse, aber auch des immer mehr sinkenden Kunstvermögens betrachtet wird. Das spricht sich sowohl in den Künsten, wie in den Profanbauten aus. Für den Tempelgrundriß bleibt noch der italienische Profanbau auf hohem Podium maßgebend, im Profanbau aber beginnt der Gewölbe- und Bogenaub die Grundrißbestimmung zu bestimmen durch Auftreten von Rund-, Recht- und Nischen-Räumen, wobei die Aneinanderreihung von Räumen verschiedener Form und Größen zu einem geschlossenen Ganzen zu der Vereinerung der Bauform zählt. Beim Tempelbau beruht das Deckensystem auf der sich wogerecht freihängenden Deckenbalken mit Platten, die von Säulen und Wänden mit Gebälken abgestützt werden. Beim Profanbau kommt sowohl die wogerechte oder Balkendecke als auch das Gewölbe, und zwar dieses in der Form des Tonnen-

(Halbzylinder-)Gewölbes, des Kuppelgewölbes und des aus der Durchdringung zweier Tonnen entlebende Kreuzgewölbes, das im Mittelalter und auch bis heute keine wichtige Rolle spielt, zur Anwendung. Diese unterschiedlichen Ueberdeckungsweisen wirken nicht bloß auf die Raumform, sondern auch auf die Stützen bestimmend zurück. So finden die Formen des Säulen- und Gebälkbaues in zweifacher Weise Verwendung, entweder in Verbindung mit einer wogerechten Deckung, wobei derselben ihre strukturelle (tragende) Bedeutung gewahrt bleibt oder in Verbindung mit gewölbter Deckung, wobei der Säulen- und Gebälkbau in seiner Gesamtheit bloß dekorative Bedeutung hat, also als Scheinarchitektur auftritt, die von da ab ihre bedeutende Rolle in diesen Stellen spielt, und das im besonderen Maße auch in der Innenarchitektur, der Raumkunst. Freilich ist auch schon die gemalte Architektur in den Privathausräumen des frühromischen Stiles eine Scheinarchitektur, aber gerade als Malerei hat sie die weitest nicht jetzt wirklich täuschende Wirkung gegenüber dem Laien wie die plastisch in der Fassade einvertelte Scheinarchitektur, deren Anwendung nur dem Zweck der reicheren Ausgestaltung dient und weiter mit dem Bauwerk nichts zu schaffen hat. Im römischen Stil der Kaiserzeit kommen die schlichteren dorische und jonische Säulenordnung neben ihrer reichen Erhebung wegen nachgerade zur allein herrschend gewordenen korinthischen, selten in Anwendung, und zwar nur dort, wo es sich bei einem mehrgeschossigen Gebäude um geschmackvollen Wechsel der Dekorationsmotive handelt, z. B. bei Theatern,

obwohl es eigentlich widersinnig ist, an einem Bauwerke oder in einer Raumausstattung zwei oder drei Ausstattungs-motive zu zeigen, die verschiedenen zeitlichen und örtlichen Ursprungs sind, also mehrere Stile, wenn auch geschmacklos getrennt untereinander zu werfen. In dieser Hinsicht soll sich jeder Raumausstatter die größte Zurückhaltung auferlegen, um so mehr, als sich durch Heranziehung schlichterer Formgebung oder Gliederung mit einem Stile hinlängliche Abwechslungen schaffen lassen. Alle gelegentlich im Kaiserzeitstil auftretenden dorischen und jonischen Formen sind ungeniebig verulstet und lassen die Verhältnißigkeit und Freiheit der Profile und Verhältnisse der betreffenden griechischen Formen vermissen. So hat die dorische Säule im römischen Kaiserzeitstil oft gar keine Basis und ist in den meisten Fällen nicht korinthisiert, während in diesem Stil der Schaft der korinthischen Säule entweder wie im Griechischen farnelart oder auch unternahert anzutreffen ist. Das Kapitäl der korinthischen Säule ist in der römischen Kaiserzeit dem griechischen Kala-thoskapitäl nachgebildet, das drei Etagen Akantusblätter und in der oberen vierten die Voluten-Schnäbel aufweist läßt. Der korinthische Pilaster (Wandpfeiler) stimmt, abgesehen von seiner Rechteckform statt Kreisrunder, mit der Säule überein und ist das Kapitäl bei beiden sehr reich an plastischer Auszier, wenngleich auf Kosten der Klarheit. In dem Streben nach möglichst reichlicher Bereicherung der Form schufen die Römer durch Verschmelzung der korinthischen und der jonischen Säulenordnung noch eine besondere, nämlich die zusammengesetzte

werden. Es müsse das alte Selbstvertrauen zur eigenen Kraft und Arbeit und zu den Erfolgen der Gewerkschaften zurückkehren, die bei energischem Rühren und jähem Ringen auch nicht ausbleiben werden. Bereits ist es zahlreichen Gewerkschaften gelungen, wieder bessere Tarifabschlüsse als in den Wintermonaten zu erreichen. Die Gewerkschaften müssen sich wieder mehr der Aufgabe widmen, das Persönlichkeitsbewußtsein der Mitglieder zu heben. In der Aussprache wurde besonders über die Beschlüsse des Genossenschaftstages in Ulm betr. das Nachtarbeitverbot beraten. Da dem Reichstage bereits Anträge zu diesem Gegenstande vorliegen, wurde es den dem Reichstag angehörenden Gewerkschaftsvertretern überlassen, zu prüfen, inwieweit den Wünschen der Genossenschaften nach Ausnahmen für Dreischichtbetriebe Rechnung getragen werden kann, ohne das Nachtarbeitverbot selbst zu beeinträchtigen. Ferner wurde die Notwendigkeit anerkannt, dem unwürdigen Zustand, in dem sich der Vorläufige Reichswirtschaftsrat zurzeit befindet, sofort ein Ende zu machen. Eine diesbezügliche Entscheidung wurde einstimmig angenommen.

Die an Stelle des ausgeschiedenen Sekretärs, Genossen Wiffel, vorgenommene Wahl eines Bundessekretärs ergab die einstimmige Wahl des Genossen Wilhelm Eggert (Metallarbeiterverband) in Stuttgart. Ueber das Sachverständigengutachten und die Stellung der Gewerkschaften hielt Genosse Larnow einen sehr instruktiven Vortrag. Er erläuterte den Inhalt des Gutachtens und die damit für Deutschland verbundenen Lasten. Wer diese mit der gegenwärtigen Belastung, besonders aus den Wämac-Berträgen vergleiche, könne gar nicht darüber im Zweifel sein, daß die Vorschläge des Gutachtens, wohl für uns erträglicher und daher anzunehmen seien. Der Redner berichtete weiter über die Arbeiten der vom Bundesvorstand hierzu eingesetzten Kommission, deren Ergebnisse in einer Denkschrift zusammengestellt und bis Ende des Monats im Druck vorliegen würden. Diefelbe soll allen Gewerkschaften zum Selbstkostenpreise zur Verfügung gestellt werden. Nach kurzer Aussprache wurde den Gewerkschaftsvorständen empfohlen, diese Frage eingehender in ihren Gewerkschaften zu behandeln.

Daran schloß sich der Bericht der vom Bundesausschuß eingesetzten Kommission über die Vorbereitung einer Volksabstimmung betr. den geistlichen Achtstundentag, in deren Auftrag Weill referierte. Die Kommission hat Sachverständige gehört und Gutachten eingeholt über die Frage, ob ein eigener Gesetzgeber oder das Washingtoner Abkommen der Volksabstimmung zugrunde zu legen sei, und ist schließlich zu dem Entschluß gekommen, das letztere zu empfehlen. Die längere Aussprache, die sich daran knüpfte, beschäftigte sich eingehend mit den Vorzügen und Mängeln beider Möglichkeiten, mit den Ausichten der bereits im Gange befindlichen parlamentarischen Aktion und mit den für die Durchführung der Volksabstimmung erforderlichen Maßnahmen.

Im Hinblick auf die in jüngster Zeit erfolgten Antikündigungen der Regierungen in England, Frankreich und Belgien, daß sie ihren Parlamenten jetzt die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens empfehlen wollen, beschloß der Bundesausschuß, die dem Deutschen Reichstag angehörenden Gewerkschaftsvertreter aufzufordern, durch einen entsprechenden Antrag im Reichstag die Regierung zu veranlassen, einen Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit in Deutschland vorzulegen, dessen Annahme und

Durchführung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in angemessener Frist auch in Deutschland ermöglicht.

Die Vorschläge der zur Vorbereitung einer Volksabstimmung über den Achtstundentag eingesetzten Kommission bewies der Bundesausschuß zunächst an die Vorstände der Einzelverbände zur beschleunigten Stellungnahme.

Die Verbände sollen insbesondere über die Aufbringung der Geldmittel, die zur Propaganda für die Volksabstimmung erforderlich sind, verbindliche Beschlüsse herbeiführen. Der Bundesausschuß sprach sich dahin aus, daß der Mindestbeitrag jedes Mitgliedes für den zu schaffenden Propagandafonds 50 Pf. betragen muß. Jeder Verband soll die hierauf zu ihm entfallende Summe vom 1. November d. J. ab verfügbar halten.

Die Vorstände der Verbände haben über ihre Entscheidung rechtzeitig an den Bundesvorstand zu berichten, damit dieser einer späteren Sitzung des Bundesausschusses das Ergebnis vorlegen kann.

Der Bundesvorstand erwartet zugleich, daß bis dahin auch das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorliegt und die angekündigte Ratifizierung in England, Frankreich und Belgien erfolgt oder doch soweit vorbereitet ist, daß auf ihre tatsächliche Durchführung gerechnet werden kann.

In letzter Stelle berichtete Bren namens der vom Bundesausschuß in Ausführung des Leipziger Kongreßbeschlusses über die Organisationsfrage eingesetzten Kommission, daß diese, um einer geeigneten Lösung näher zu kommen, einen Arbeitsauschuß eingesetzt habe. Dieser habe indes seine Arbeit infolge der allgemeinen Lebensverhältnisse, die alle Gewerkschaften mit einer Ueberlast von Aufgaben überbürdeten, nicht erledigen können. Ein Vorwurf daraus könne niemand gemacht werden, am wenigsten dem Bundesvorstand, der vielmehr wiederholt gedrängt habe, Der Arbeitsauschuß werde am 24. und 25. September d. J. zusammentreten und der am 28. September tagenden Kommission seine Vorschläge unterbreiten. Beipart unterstrich nochmals die Feststellung der Kommission, daß dem Bundesvorstand an der Verzögerung kein Vorwurf treffe, und empfahl der Kommission, wenigstens solche praktische Vorschläge zur Verbesserung der Organisation zu machen, daß sie der nächstjährige Kongreß zum Beschluß erheben könne.

Aus unseren Berufstreifen.

Die Lederwarenindustrie in Offenbach kann in diesem Jahre auf ein 112jähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1812 hat der Buchbinder Johann Georg Klein mit Unterstützung des Grafen Hensung u. Säbinger die erste Fabrik zur Herstellung von Portefeulierswaren errichtet, und zwar unter der Firma Klein u. Comp. Kleins Kompagnon war der Buchbinder Jakob Rösch, der wiederum am 1. Januar 1817 die Firma Jaf. Rösch u. Comp. ins Leben rief.

Ueber die Entwicklung der Offenbacher Lederwarenindustrie selbst in diesen 112 Jahren, ist an dieser Stelle schon des öfteren berichtet worden. Sie findet nicht ihresgleichen auf dem Erdenrund und nimmt wohl in jeder Hinsicht den ersten Rang ein, besonders in bezug auf Leistungsfähigkeit.

Der Protest der Lederwarenindustriellen gegen die Vorauszahlung der Einkommensteuer.

Während der Inflationszeit hatten die Industriellen gute Tage in bezug auf Steuerleistungen und Kapitalertrag. Die Steuern wurden überwiegend mit bereits entwertetem Geld bezahlt und der Kapitalertrag nicht minder.

Mit dieser Finanzpolitik wurde das gesamte Wirtschaftsleben befamulich in rasendem Tempo an den Rand des Abgrundes geführt.

Auf Veranlassung ihres Syndikus Dr. Graß haben nunmehr die Lederwarenindustriellen eine Eingabe an das Reichsfinanzministerium gerichtet, in welcher gegen die Vorauszahlungen der Einkommensteuer Protest erhoben wird. Diese Vorauszahlungen wären sowohl für Einzelfirmen wie Handelsgesellschaften nichts weiter als eine Umschleifer und für Kapitalgesellschaften eine Vermögensabgabe. Zugewogen wird in der Eingabe, daß es im Interesse der Aufrechterhaltung unierer Währung nötig ist, die Vorauszahlung der Einkommensteuer zu verlangen.

Dieses Zwangssystem sei aber dort zu verwerfen, wo der Nachweis erbracht werden kann, daß die Industrie nicht mehr gewinnbringend erporkeln kann. Trotzdem müsse die Industrie betriebsfähig betreiben, um die Beziehungen aufrechtzuerhalten und Devisen herinzubringen.

In der Eingabe wird anerkannt, daß die Ausfuhrabgaben aufgehoben sind und daß seit 1. Januar auch die Warenausfuhr wieder umschiffertfrei ist.

In der Lederwarenindustrie sei die Vorauszahlung der Einkommensteuer eine besondere Härte, weil der Anteil der Arbeit am Werte des Fertigprodukts verhältnismäßig geringer sei als in anderen Industriezweigen, trotzdem dies durch den Abzug der Löhne und Gehälter oder durch die Pauschale von 25 Proz. etwas gemildert sei. Verhärtet würde die Auswirkung in Hessen besonders dadurch, daß die Einkommensteuer-Vorauszahlungen auch zur Grundlage der Gewerbesteuer vom Staat und den Gemeinden genommen werden, die allmonatlich 160 Proz. von ihr als Gewerbesteuer erheben. Dadurch würde die deutsche Exportfähigkeit zu stark belastet und könnte nicht mehr konzentriert werden. Es folgt eine Schilderung der jüngsten Entwicklung in der englischen Lederwarenindustrie, die sich in den meisten Sachen unabhängig von Deutschland gemacht hat. Die englischen Industriellen hätten deutsche Arbeitskräfte angezogen, außerdem genießen sie den großen Vorteil, ihren Bedarf an Leder und Säulen direkt an der Quelle — auf dem Londoner Hause- und Ledermarkt — decken zu können. London sei noch immer der größte Markt der Welt für Häute und Leder, und für die englischen Industriellen kämen weder Fülle noch Frachten in Betracht, die das deutsche Fabrikat belasten. Reichlich lägen die Verhältnisse in Amerika. Auch dort habe sich die Lederwarenindustrie glänzend entwickelt, namentlich mit Hilfe von ausgewanderten Lederarbeitern aus Polen.

Es wird dann an praktischen Beispielen nachgewiesen wie die auswärtige Konkurrenz im Gegensatz zur deutschen billiger liefern kann. Eine argentinische Firma liefert eine Damentasche, enthaltend Kofferreiniger, Spiegel, Puderdose, Parfümfäßchen und Portemonnaie für 6 Peso = 8,10 Mk.; würde sie aus Deutschland bezogen, kostete dieselbe Tasche mindestens 15 Mk. An einem anderen Beispiel wird gezeigt, daß eine in England hergestellte Damentasche für 9 Schilling 11 Cents gefertigt wird, welche

oder wie man in der Kunstsprache sie nennt, die kompositive Ordnung, deren Formen eigentlich dieselben sind wie bei der korinthischen, nur daß das Säulenkapitäl und auch die Säulenbasis eine andere aus der Verbindung ionischer und korinthischer Form entstehende Bildung erfährt und den Säulen, die 24 Kompositionen aufweisen, hohe Postamente untergestellt sind, und zwar hat jede Säule ihr eigenes besonderes Postament. Das kompositive Kapitäl ist dekorativ zu bedeuend; der untere Teil ist ein Doppelblech aus Akanthusblättern, der die Hälfte der Kapitälhöhe einnimmt und diesem aufgelegt ist als oberer Teil ein reiches ionisches Kapitäl mit 4 Eckpilastern. Durch diese Ueberwucherung von Formen ist die Kapitälhöhe sehr bedeutend, die Erscheinung des Kapitäls zwar sehr reich aber unorganisch, gezwungen, uneinheitlich. Das Gebälb der kompositiven Ordnung trägt allen Reichtum an Ornamenten und Ornamentenplanmäßig derb zur Schau. Die Ornamente bedecken oder überwuchern die architektonischen Herglieder, den Kern der Architektur, so, daß kaum mehr eine ruhige ornamentunbelegte Fläche, die Haupttheile des Gebälbes kennzeichnen, stehen bleibt. Im Gegensatz zu der bisherigen, aus der Konstruktion hervorgegangenen, Dekoration des Gebälbes, werden in der Spätzeit des römischen Stiles zuweilen der Architrav, der untere Gebälbtheil und der mittlere, der Fries, an der Vorderseite der Gebäude in der Länge einer oder mehrerer Säulen- oder Pfeilennischen weiter zu einer großen Schrifttafel zusammengezogen. In der Spätzeit ist die Schrifttafel des Pfeilers (der vordere Säule) der korinthischen oder kompositiven

Ordnung auch häufig zu einem unruhigen Fleck, das mit aufsteigendem Konfektent oder mit einem aus Pflanzen, Figuren, Trümpfen u. s. m. gebildeten Ornamente gefüllt ist umgewandelt. Die Korinthische wird im römischen Baustile häufig und im gleichen Sinne wie in der griechischen Bauintunft verwendet. Das Gebälb wird in der späteren Zeit des römischen Stiles häufig verkürzt und daß auch die Attika, der Statuen- und Figurengruppensockel oder hohe wandartige Aufsatz über dem Torgebälb der Triumphbögen oder dem eines Hauses.

Es ist noch über den Gewälbe- und Bogenbau, welcher der Wände und Pfeiler als starker Stützen bedarf, das Wichtigste hervorzuheben. Die Wände sind nach Zweckbedarf oder zur architektonischen Auszier mit Nischen oder fortlaufenden Öffnungen durchbrochen, die sich hiernach erübrigenden Wandflächen aber erhalten eine Auszier, die ihre Formen, resp. ihre Gliederung dem Gebälb- und Säulenbau entlehnt. In diesen Fällen ist das Gebälb in seiner Dreiteilung nicht mehr der äußere Ausdruck einer inneren wagrechten Raumbede, sondern es ist ein dreiteiliges Gefims ohne konstruktive Bedeutung, das mit den der Wand vorgelegten Halbküulen oder Pfeilern nur zu der rhythmischen Gliederung der Wand dienen soll. In diesem Sinne ist z. B. die architektonische Wandgliederung des deutschen Renaissancestiles in der Regel aufzufassen. Wo die Wand mit wagrecht überbedeckten Öffnungen durchbrochen ist, z. B. Türen, erfährt die Gebälb- oder Gefims-(Aufsatz)-Architektur keine

wesentliche Veränderung und nimmt zum Teil sogar konstruktive Bedeutung an; wo die Wand aber von halbkreisförmig überbedeckten Bogenöffnungen oder ebenbüchigen Nischen durchbrochen wird, führt die Kombination oder Verschmelzung des Bogenbaues mit dem Pfeilerbau zu neuen Gesamtformen des Aufbaues, die für den römischen Stil besonders bezeichnend sind und von ihm in spätere Stile übergehen. Das konstruktive Gerüst wird von Bogenstellungen über Pfeilern gebildet; die Bogen sind glatt oder nehmen an ihrer Vorderseite die Formen des dreieckigen Architravs (des architravierten Bogens) an. Der Pfeiler besitzt Basis, Schaft und Kapitäl (Kämpfergefims), wobei der Schaft glatt ist und das Kapitäl aus den Hauptteilen des Anten- oder Wandkapitäls, nämlich aus Hals, Kyma oder auch Sima und Abakus besteht. Ueber diese Bögen weg zieht sich wagrecht das gebälbförmige Gefims, unter dem sich dekorative Halbküulen vor die Pfeiler als Stützen und senkrechte Gliederung, die Kämpfergefims durchschneidend vorlegen. Diese ganze, fest ineinander geschlossene Form wird auf einen hohen postamentartigen Unterbau gestellt, der Basis und Pedestals hat, und nicht selten in mehreren Etagen übereinander angeordnet. Somit wird hier die Gebälbarchitektur zur Umrahmung des Bogens und es erhalten die Säulenzwischenräume ein weites, nahezu quadratisches Verhältnis.

(Fortsetzung folgt.)

die deutsche Industrie nicht unter 19 Mt. liefern kann. So werden noch eine ganze Anzahl von Beispielen angeführt, an welchen gezeigt wird, daß die deutschen Fabrikate zu teuer sind.

Aus dieser Beweisführung wird dann der Wunsch hergeleitet, die Reichsbehörden sollen die Lederwarenindustrie, soweit sie Exportindustrie ist, von der besonderen Belastung durch Vorauszahlung der Einkommensteuer befreien.

Zum Schluß werden einige Wünsche laut, in welcher Weise die Befreiung erfolgen kann. Das Reich müsse doch ein Interesse daran haben, die Exportfähigkeit der Industrie zu erhalten, um Devisen zu bekommen. Verlangt werde nicht völlige Befreiung von der Steuer, sondern nur zinslose Stundung bis zu dem Zeitpunkt, wo festgesetzt wird, ob ein Nettoeinkommen in so hohem Grade verdient worden ist, daß die Vorauszahlungen in ihrem vollen Umfange gerechtfertigt wären.

Wir geben den Inhalt dieser Eingabe der Lederwarenindustrie an den Reichsfinanzminister auszugswiese wieder, in der Annahme, daß sie auch in unseren Leserkreisen einiges Interesse verdient. Bemerkenswert ist der Hinweis auf die Löhne und Gehälter, die bei der Vorauszahlung der Einkommensteuer in Abzug gebracht werden. Da wird besonders bemerkt, daß die Löhne und Gehälter nur einen geringen Anteil am Wert des Produkts haben. Eine Lastfrage, die uns längst bekannt ist, die aber von den Fabrikanten bei Lohnverhandlungen gern in ihr Gegenteil verkehrt wird.

Wir können auch nicht nachprüfen, ob die Bage am Londoner Leder- und Häutenmarkt sich für die deutsche Industrie nicht anders gestaltet in absehbarer Zeit. Schließlich war die englische Lederwarenindustrie der deutschen in dieser Hinsicht von jeher schon überlegen, da für sie Fracht und Zoll forsfällt, während der deutsche Fabrikant diese zu tragen hat.

Der Allgemeinen Lederzeitung „M 14“ entnehmen wir, daß die an der Ledermesse-Veranstaltung beteiligten 27 Organisationen der Schuh- und Lederwirtschaft beschloffen haben, in Zukunft alljährlich zwei solcher Messen zu veranstalten. Die Frühjahrsmesse wurde auf den 22. bis 25. Februar 1925 festgesetzt. Die Zeitung hat das Berliner Behamt.

Die Arbeitslosigkeit Ende Juli 1924 im Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeulter-Verband.

Von 208 Verwaltungsstellen mit 36 121 Mitgliedern, darunter 7889 weiblichen, haben 126 Verwaltungsstellen mit zusammen 29 645 Mitgliedern — wovon 6491 weibliche und 23 154 männliche waren — berichtet.

Nicht berichtet haben 82 Verwaltungsstellen mit 6476 Mitgliedern, davon 1898 weiblichen, 5078 männlichen.

Am letzten Arbeitstage im Juli waren arbeitslos 3311 männliche, 917 weibliche, zusammen 4228 Mitglieder = 14,2 Proz., gegen 4,9 Proz. im Mai und 10,3 Proz. im Juni, also eine weitere Verschlechterung der Beschäftigungsziffer.

Verkürzt arbeiten:

Stunden	Zahl der Arbeiter		Zusammen
	männlich	weiblich	
1 bis 8	528	365	893
9 bis 16	1965	554	1919
17 bis 24	3377	967	4344
25 und mehr	448	126	574
Insgesamt	5718	2012	7730

Das sind 26 Proz. Kurzarbeiter, die zu den 14,2 Proz. völlig Erwerbslosen noch hinzukommen. Der Stand der Beschäftigungsziffer könnte besser und zureichender ersicht sein, wenn alle Ortsverwaltungen Wert auf genaue Berichterstattung legen würden. Bedauerlich ist es, daß besonders große Orte, wie Bielefeld, Braunschweig, Darmstadt, Elberfeld, Kassel, Leipzig, Mainz, Stettin und Ulm nicht berichtet haben.

London.

Bei den Londoner Verhandlungen spielt, wie schon bemerkt, die Frage der Räumung des Ruhrgebiets durch die Truppen Frankreichs und Belgians den Hauptgegenstand der Auseinandersetzungen. Anscheinend hat herrschende Besorgnis vor der in Frankreich herrschenden Stimmung gegen Deutschland. Nur jüngst hat er sich schließlich zu der Konzeption bereit erklärt, daß am Tage nach der endgültigen Unterzeichnung der Londoner Vereinbarung die militärische Räumung der Zone Sambre-Dormung und der nicht zum Ruhrgebiet gehörigen, seit dem 11. Januar 1923 besetzten Gebiete angeordnet werde. Diese militärische Räumung werde in derselben Zeit stattfinden wie die wirtschaftliche Räumung in besetzten Zone.

Der Reichsanwalt Marx hat mit einem Schreiben geantwortet, daß er diesen Schritt begrüße als den Beginn einer neuen Ära zu einer friedlichen, fruchtbareren Entwicklung der Beziehungen zwischen den Völkern.

Vereinigte Staaten von Europa.

(Zukunftsbilder.)

In Hamburg hat am 7. August der internationale Kongreß der Transportarbeiter folgenden Beschluß gefaßt.

„Der Hauptvorstand der Seeluteaföderation, die alle Schiffleute umfaßt,

gibt in Anbetracht des Umstandes, daß durch das profitgierige Treiben des europäischen Kapitalismus, sowie durch die reaktionäre Haltung der Regierungen der europäischen Länder die Erhaltung des Friedens von Tag zu Tag mehr in Frage gestellt wird,

dem Wunsch Ausdruck, daß man sich ernstlich mit dem Problem der Errichtung der „Vereinigten Staaten Europas“ befasse, und ersucht alle der Internationalen Transportarbeiterföderation angeschlossenen Organisationen, zur Verwirklichung dieser Idee beizutragen, indem sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften diesen Gedanken in allen ihrem Einfluß zugänglichen Kreisen verbreiten.“

Der Gedanke, die europäischen Staatengebilde unter einem Hut zu vereinigen, hat zweifellos viel für sich und ist wohl wert, propagiert zu werden. Seine Verwirklichung dürfte indes noch viele Hindernisse finden, wenn wir uns den englischen Chauvinismus in den verschiedenen europäischen Ländern vor Augen halten.

Trotz aller Fortschritte der Wissenschaft und Technik, trotz der Ausbreitung des Verkehrs und aller Verständigungsmittel, herrscht noch immer bei den einzelnen Stämmen und Rassen ein kleinlicher Dünkel vor. Wir dürfen nur an die Abtrennungsbestrebungen denken, die in verschiedenen deutschen Ländern vor-

welche den Zwang aller Verhandlungen bestimmen, weil eben die diplomatischen Vertreter der Staaten von diesen Mächten ihr Dasein fristen.

Ja, wenn die Idee einer Vereinigung der bestehenden europäischen Staatengebilde zu einem einheitlichen wirtschaftlichen und politischen Gesamtkörper von den mächtigen Wirtschaftsführern befürwortet würde, könnte schon eher mit einer baldigen Verwirklichung gerechnet werden.

Selbstverständlich setzt sich eine solche Idee nicht von heute auf morgen durch und sie wird erst dann siegreich feste Gestalt auch nach außen erlangen, wenn sich die europäischen Staaten theoretisch und praktisch bereits wirtschaftlich und politisch im Stadium einer solchen Zusammenarbeit befinden.

Natürlich muß dazu auch die Arbeiterschaft dieser Länder darauf eingestimmt sein. Es ist immerhin schon recht bemerkenswert, daß gerade die Transportarbeiterinternationalen es ist, die der Idee, eine Vereinigung der europäischen Staaten herbeizuführen, solchen Ausdruck gegeben hat. Die Transportarbeiter sind heute eine recht bedeutungsvolle Macht als Organisation, die auch Eisenbahner und Seelute umschließt. Gerade die Transportgewerkschaften, die im internationalen Verkehr am stärksten miteinander in Fühlung in den Ländern kommen, sind die berufensten Vorkämpfer für diese Idee. Und da der Kongreß diesen Beschluß einstimmig gefaßt, darf man hoffen, daß die Idee recht bald recht viel Anhänger in allen Ländern findet.

Wilhelm Gramatte †.

Am 9. August hat der Tod unseren alten Kämpfer Wilhelm Gramatte im Alter von fast siebzig Jahren abgerufen.

Wilhelm Gramatte vertrat die Dreslauer Gewerkschaft bereits auf dem Tapeziererkongreß in Dresden 1889, wo der Allgemeine Deutsche Tapeziererverein gegründet wurde. Seitdem war er stets ein treues Mitglied der Organisation. Mit der Gründung der Verwaltungskstelle Bestand Gramatte stets mit an erster Stelle. Für die Dreslauer Tapeziererbewegung wird sein Unabwandelbar unaussprechlich sein. Er war ein Mensch, der sein Lebenlang hart um das Gelingen dieser Sache ringen mußte, dem das Leben Sonne wenig geleuchtet hat, der aber trotzdem den Humor liebte. Mit Gramatte scheidet der treueste und besten einer aus unserer Reihen. Dem Alter zur Ehre — der Jugend zur Lehre, wird uns sein Andenken stets wert bleiben.

Der Verbandsvorstand, Verwaltungskstelle Dresden.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 25. bis 31. August ist der 35. Beitrag fällig.

Es ist das Mindeste, was von jedem Verbandsmitglied erwartet werden kann, die fälligen Beiträge pünktlich zu entrichten.

Das ist Ehrensache!

Verbandsjubilare in Köln.

Im vorigen Jahre konnte der Kollege Benz auf eine 30jährige Zugehörigkeit zum Verband zurückblicken. In diesem Jahre hat sich die Zahl der Verbandsjubilare in unserer Filiale um einige vermehrt. Es konnten zurückblicken auf eine Verbandszugehörigkeit von

28 Jahren, am 6. August, der Kollege Rudolf Unger, Sattler;

26 Jahren, am 8. Mai, der Kollege Wilhelm Mow, Tapezierer;

25 Jahren, am 3. Mai, der Kollege Conrad Schäfer, Tapezierer;

25 Jahren, am 17. Juni, der Kollege Karl Schwarz, Tapezierer;

25 Jahren, am 29. Juli, der Kollege Kurt Richter, Sattler.

Froht alle Kollegen sind noch roge am Verbandsleben beteiligt und stehen in der vordersten Reihe. Mögen sich die jungen Kollegen ein Beispiel an diesen Kollegen nehmen und ihnen nachstreifen in Treue und Pflichterfüllung gegenüber der Organisation.

Sterbefaßel.

Köln. Am 7. August starb im Alter von 21 Jahren der Kollege Franz Göbel, Tapezierer.

Dresden. Im Alter von 59 Jahren starb Hugo Förster, Sattler.

Dreslau. Im Alter von 70 Jahren starb Wilhelm Gramatte, Tapezierer.

Ehre ihrem Andenken!

Kolleginnen! Kollegen! Mitglieder!

Viele von Euch zahlen ihren Verbandsbeitrag höchst ungern und suchen möglichst mit niedrigen Beiträgen wegzukommen.

Das ist kurzfristig gehandelt!

Jeder Streit, jede Aussperrung, jede Arbeitslosigkeit wird Euch das lehren.

Wenn Ihr am Beitrag spart,

schmäuert Ihr Euch selbst die Unterfügung. Denn Ihr spartet Pfennige und verliert dafür Markbeträge.

Wer 10 Wochen und länger ausgesperrt ist, der lernt erkennen, wie falsch das Sparen am unredlichen Plage war.

Lut Eure Pflicht und leistet angemessene Beiträge, dann kann der Verband auch etwas leisten, und seine Kampfkraft steigt gewaltig!

handen sind. Das sind keine günstigen Symptome für die Verwirklichung des Problems, die Völker Europas zu verstehen und zu einer Gemeinwirtschaft zusammenzuführen. Wie groß die Hindernisse noch sind, kann man daran sehen, daß selbst die „Rote Fahne“ die wirtschaftspolitische Konzentration, die sich immer mehr verdichtet, nicht in dem Maße als Voraussetzung künftiger Völkervereinigung würdigt, wie man das wohl von solcher Organen erwarten müßte. Es sind doch lauter Widersprüche, in welchen sich alle jene Leute bewegen, die von Nord und Süd eine Verwirklichung der wirtschaftlichen Beziehungen der Völker herleiten wollen. Trotz aller wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritte innerhalb der einzelnen Völkergemeinschaften haben sich diese von Zeit zu Zeit immer wieder aufeinander gestürzt und gegenseitig zerstückelt. Mit den technischen Fortschritten und der Verdichtung der Verkehrswege und Verkehrsmittel, mit der Entwicklung der Industrien in den einzelnen Ländern empfindet man die Zersplitterung in viele abgeschlossene Wirtschaftsgebiete mit ihren Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und Zollgrenzen immer mehr als ein Hindernis, das beseitigt werden muß.

Die Londoner Konferenz entpuppt sich immer mehr als die nackte Interessensvertretung der französischen und sonstigen Kapitalisten, die wunder welche Vorteile zu erlangen meinen, wenn sie Deutschland zu Schenkungen und Zahlungen zwingen, die es überhaupt nicht leisten kann.

In London sitzen nun die erlauchtesten Vertreter der großen Kulturnationen zusammen, um einen Weg zu beraten, der geeignet erscheint, die Völker Europas aus dem Chaos, in dem sie sich zurzeit befinden, herauszubringen. Man wird aber vergeblich darauf warten, daß man dort die Sache beim richtigen Ende anpackt und gründliche Arbeit leistet. Noch sind die privatkapitalistischen Interessen das Primäre,